## Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg

## Genehmigungsverfahren nach dem BlmSchG; Öffentliche Bekanntmachung (Timphaus Erneuerbare Energien (TEE) GmbH & Co.KG, Lohne)

Bek. d. GAA Oldenburg v. 22.10.2025 - OL 24-179-01 -

Die Timphaus Erneuerbare Energien (TEE) GmbH & Co.KG; Dinklager Landstraße 4, 49393 Lohne, hat mit Schreiben vom 12.06.2025 die Erteilung einer Genehmigung zur wesentlichen Änderung einer Biogasanlage mit einer zukünftigen Durchsatzkapazität von 126,03 t/d auf dem Grundstück in 49393 Lohne, Dinklager Straße 4, Gemarkung Lohne, Flur 3, Flurstücke 20/24, 20/27, 20/29, 20/14 (tlw.), 20/17 (tlw.), 20/28 (tlw.) und 20/30 (tlw.), beantragt.

Gegenstand der Änderung sind folgende Maßnahmen:

- Erweiterung der Durchsatzkapazität von 54,25 t/d auf 126,03 t/d,
- Änderung der genehmigten Inputstoffe und Inputmengen sowie Erhöhung der Biogasproduktion,
- Errichtung und Betrieb eines weiteren Warmwasserspeichers,
- Errichtung und Betrieb von Einbring- und Anmischtechnik innerhalb einer neu zu errichtenden Einhausung,
- Errichtung und Betrieb eines Hochfermenters,
- Errichtung und Betrieb eines gasdichten G\u00e4rrestspeichers mit Tragluftdach sowie eines Abf\u00fcllplatzes f\u00fcr die Entnahme von G\u00e4rresten,
- Errichtung und Betrieb eines Sauerstoffgenerators in einem Container,
- Errichtung eines Technik- und Pumpengebäudes,
- Errichtung eines Auffangbunkers für separierte feste Gärreste sowie einer Aufstellfläche für die Installation und den Betrieb eines Separators,
- Errichtung einer Lagerhalle für separierte feste Gärreste,
- Errichtung und Betrieb einer Notfackel,
- Errichtung und Betrieb einer Anlage zur Aufbereitung von Biogas zu Biomethan,
- Errichtung und Betrieb einer Abluftbehandlungsanlage (RTO-Anlage),
- Errichtung einer Technikhalle mit Aufstellfläche (für eine später geplante CO2-Verflüssigungsanlage),
- Anpassung und Erweiterung der vorhandenen Umwallung.

Die wesentlichen Änderungen der beantragten Anlage bedürfen der Genehmigung gemäß den §§ 10 und 16 BImSchG i. V. m. § 1 sowie den Nummern 8.6.3.1 EG, 1.2.2.2 V, 9.36 V, 9.1.1.2 V und 1.16 V des Anhangs 1 der 4. BImSchV. Es handelt sich dabei um eine Anlage gemäß Artikel 10 der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24.11.2010 über Industrieemissionen (integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung) – sog. Industrieemissions-Richtlinie – (ABI. L 334 vom 17.12.2010, S. 17; L 158 vom 19.06.2012, S. 25), geändert durch Richtlinie (EU) 2024/1785 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. 04.2024 (ABI. L, 2024/1785, 15.07.2024).

Gemäß Nummer 8.1 der Anlage ZustVO-Umwelt-Arbeitsschutz ist das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg die zuständige Genehmigungsbehörde.

Das geplante Vorhaben wird hiermit gemäß § 10 Abs. 3 BImSchG öffentlich bekannt gemacht.

Für das Vorhaben liegen dem GAA Oldenburg derzeit folgende entscheidungserhebliche Berichte und Empfehlungen vor:

- Geruchsgutachten des Ingenieurbüros Normec uppenkamp vom 22.03.2024,
- Schallgutachten des Ingenieurbüros Normec uppenkamp vom 26.03.2024,
- Schornsteinhöhenberechnung des Ingenieurbüros Normec uppenkamp vom 13.03.2025,
- Stellungnahme der Düngebörde vom 01.07.2025,
- Stellungnahme des Fernstraßen-Bundesamtes vom 03.07.2025,
- Stellungnahme der Landwirtschaftskammer Niedersachsen vom 08.07.2025,
- Stellungnahme der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau vom 16.07.2025,
- Stellungnahme der Stadt Lohne vom 04.08.2025.

Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens war gemäß § 9 Abs. 2 S.1 Nr. 2 des UVPG i. V. m. Nummer 8.4.2.1 der Anlage 1 UVPG in der derzeit geltenden Fassung zu ermitteln, ob für das beantragte Vorhaben die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist. Die Prüfung hat ergeben, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung für das Vorhaben nicht erforderlich ist. Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass diese Feststellung nicht selbständig angefochten werden kann.

Der Antrag auf Erteilung der Genehmigung und die Antragsunterlagen, die Auskunft darüber geben, ob Auswirkungen auf die Nachbarschaft und die Allgemeinheit zu befürchten sind, werden vom **29.10. bis einschließlich zum 28.11.2025** im Internet unter <a href="https://www.gewerbeaufsicht.niedersachsen.de/startseite/be-kanntmachungen/oldenburg\_emden\_osnabruck/">https://www.gewerbeaufsicht.niedersachsen.de/startseite/be-kanntmachungen/oldenburg\_emden\_osnabruck/</a> veröffentlicht.

Auf Verlangen eines Beteiligten wird ihm/ihr eine leicht zu erreichende Zugangsmöglichkeit zur Verfügung gestellt. Dafür kann das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg, Theodor-Tantzen-Platz 8, 26122 Oldenburg, Zimmer 435,

montags bis donnerstags in der Zeit von

7.30 bis 15.30 Uhr,

freitags in der Zeit von

7.30 bis 12.00 Uhr sowie

nach telefonischer Anmeldung unter Telefonnummer 0441 80077-187 oder per E-Mail an <u>poststelle@gaa-ol.niedersachsen.de</u> kontaktiert werden.

Etwaige Einwendungen gegen das Vorhaben sind während der Einwendungsfrist, diese beginnt am 29.10.2025 und endet mit Ablauf des 29.12.2025, schriftlich oder elektronisch (poststelle@gaa-ol.niedersachsen.de) beim Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg geltend zu machen. Mit Ablauf dieser Frist sind für das Genehmigungsverfahren alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen (§ 10 Abs. 3 Satz 5 BImSchG).

Gemäß § 12 Abs. 2 der 9. BImSchV sind die Einwendungen der Antragstellerin und, soweit sie deren Aufgabenbereich berühren, den nach § 11 der 9. BImSchV beteiligten Behörden bekannt zu geben. Es wird darauf hingewiesen, dass auf Verlangen der Einwenderin oder des Einwenders deren oder dessen Name und Anschrift vor der Bekanntgabe unkenntlich gemacht werden sollen, wenn diese zur ordnungsgemäßen Durchführung des Genehmigungsverfahrens nicht erforderlich sind.

Nach Ablauf der Einwendungsfrist entscheidet die Genehmigungsbehörde nach Ermessen, ob ein Erörterungstermin durchgeführt wird.

Findet der Erörterungstermin statt, werden die form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen anlässlich dieses Termins am

19.01.2026, ab 9.30 Uhr im

Rathaus der Stadt Lohne,

Kleiner Sitzungssaal (Zimmer 130),

## Vogtstraße 26,

## 49393 Lohne,

erörtert. Sollte die Erörterung am 19.01.2026 nicht abgeschlossen werden können, wird sie an den darauf folgenden Werktagen (ohne Samstag) zur gleichen Zeit am selben Ort fortgesetzt.

Der Erörterungstermin dient dazu, die rechtzeitig erhobenen Einwendungen zu erörtern, soweit dies für die Prüfung der Genehmigungsvoraussetzungen nach dem BImSchG von Bedeutung sein kann. Er soll denjenigen, die Einwendungen erhoben haben, Gelegenheit geben, ihre Einwendungen zu erläutern. Die Einwendungen werden auch dann erörtert, wenn die Antragstellerin oder die Personen, die Einwendungen erhoben haben, zu diesem Erörterungstermin nicht erscheinen.

Einwendungen, die auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, werden im Erörterungstermin nicht behandelt.

Findet ein Erörterungstermin nicht statt, so wird dies gesondert öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Entscheidung gemäß § 10 Abs. 7 und 8 BImSchG und § 21 a der 9. BImSchV öffentlich bekannt gemacht wird und die öffentliche Bekanntmachung die Zustellung der Entscheidung ersetzen kann.